



Sitzungsvorlage

FB / Aktenzeichen	Vorlage	Datum
V	2024/056	12.03.2024

BERATUNGSFOLGE			
Gremium	Termin	Zuständigkeit	Status
Gemeinderat	25.04.2024	Entscheidung	öffentlich

Verwendung der Zuweisungen im Rahmen der Weiterleitung von Bundesmitteln in den Jahren 2022 und 2023

Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Haushaltsrechtliche Auswirkungen:

Keine.

Gleichstellung:

Es werden gleichstellungsrelevante Fragen tangiert.

ja nein

Sachdarstellung:

Die Gemeinde Ostbevern hat für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen aus der Ukraine Bundesmittel erhalten. Bis zum 12.04.2023 hat die Gemeinde Bescheide in drei Tranchen über den Gesamtbetrag von 581.510,19 € erhalten. Diese Mittel waren in den Jahren 2022 und 2023 zu verwenden und die Verwendung dieser Mittel war im März 2024 gegenüber der Bezirksregierung zu erklären.

1. Tranche (Bescheid vom 11.05.2022):	103.968,79 €
Korrektur 1. Tranche (Bescheid vom 29.06.2022):	49.575,71 €
2. Tranche (Bescheid vom 12.04.2023):	321.411,57 €
3. Tranche (Bescheid vom 22.12.2022):	<u>106.554,12 €</u>
Gesamt	581.510,19 €

Die Zahlungen aus der 1. und 3. Tranche waren explizite für Ukraine-Flüchtlinge zu verwenden. Diese Zahlungen sind im Ukraine-Bericht für das Jahr 2022 erläutert (siehe Anlage 1), den die Gemeinde nach § 6 der Verordnung zur Anwendung des Kommunalhaushaltsrechts im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Aufnahme und Unterbringung von anlässlich des Krieges in der Ukraine eingereisten Personen in die Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen vorzulegen hat. Für das Jahr 2023 ist ein solcher Bericht nicht zu fertigen.

Die Mittel aus der 2. Tranche stehen für die Schaffung, Unterbringung und Herrichtung von Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zur Verfügung. Hier ist also der Kreis der Begünstigten nicht auf die Ukraine-Flüchtlinge beschränkt. Die Gemeinde Ostbevern hat die erhaltenen Mittel in Höhe von 321.411,57 € für den Kauf einer Containeranlage zur Unterbringung von Flüchtlingen verwendet, welche an der v.-Braun-Straße errichtet wird. Im Jahr 2023 wurden für die Containeranlage, die erforderlichen Ingenieurleistungen und das Brandschutzkonzept 483.122,80 € ausgegeben.

Eine weitere Zahlung über 369.225,61 € aus Bundes- und Landesmitteln für Unterbringungsmöglichkeiten von Flüchtlingen ging der Gemeinde mit Bescheid vom 15.11.2023 zu. Diese Mittel sind bis Ende 2024 zu verwenden und bis zum 15. März 2025 wiederum gegenüber der Bezirksregierung zu erklären. Diese Mittel noch nicht verplant.

Karl Piochowiak
Bürgermeister

Dr. Michael König
Fachbereichsleitung

Anlage

Vorlage 2024/056, Anlage 01 - Ukraine-Bericht zum 31.12.2022